

Mündliche Anfragen

für die Fragestunden der 29. und 30. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 29. August 2002, und am Freitag, dem 30. August 2002

1. Abgeordnete
Ulla Brede-Hoffmann
(SPD)

Start der neuen Ganztagschulen

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie stellt sich der Start der 81 neuen Ganztagschulen aus der Sicht der Landesregierung dar?
2. Konnten die Zielvorgaben der Personalplanung hinsichtlich des zusätzlichen pädagogischen Personals der Ganztagschulen erfüllt werden?
3. Wie gestaltet sich für die zusätzlichen Angebote der neuen Ganztagschulen das zahlenmäßige Verhältnis von Lehrkräften, pädagogischen Fachkräften und außerschulischen Kooperationspartnern?

2. Abgeordnete
Peter Anheuser, Michael
Billen, Dieter Schmitt und
Christine Schneider
(CDU)

Umsetzung des Zwölf-Punkte-Programms der Landesregierung – Förderung der Aufgabe der Kellerwirtschaft

Im Rahmen des sog. Zwölf-Punkte-Sofortprogramms der Landesregierung aus dem Jahre 2000 sollte bereits für den Weinherbst 2000 bzw. 2001 das Landesprogramm zur Aufgabe der Kellerwirtschaft gefördert werden. Damit und durch die längerfristige Bindung von Erzeugergemeinschaften, Genossenschaften oder Kellereien kann eine Stabilisierung des Fassweinmarktes erzielt werden. Vor dem bevorstehenden Weinherbst 2002 bleiben viele Winzer weiterhin im Unklaren, ob die Möglichkeit der Umsetzung des Landesprogramms nun gegeben sein wird.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wann hat die Landesregierung die Maßnahmen, mit denen Weinbaubetriebe bei der Aufgabe ihrer eigenen Kellerwirtschaft und dem Einstieg in eine Erzeugergemeinschaft oder dem Abschluss langfristiger Lieferverträge von Trauben unterstützt werden sollen, zur Notifizierung bei der Europäischen Kommission angemeldet bzw. wann ist das entsprechende Verfahren eingeleitet worden?
2. Welche konkreten Fördermaßnahmen bzw. -bedingungen sind Gegenstand des geplanten Landesprogramms?
3. Welche Änderungen sind an welchen von der Landesregierung vorgeschlagenen Förderkonditionen des Landesprogramms durch die Vorgaben der Europäischen Kommission notwendig geworden?
4. Ist nach jetzigem Verhandlungsstand sichergestellt, dass zumindest zum Weinherbst 2002 das geplante Landesprogramm von den rheinland-pfälzischen Winzern in Anspruch genommen werden kann?

Hinweis der Landtagsverwaltung:
Die Mündlichen Anfragen Nr. 6, 11 und 13 sind fristgerecht zur 30. Sitzung am Freitag, dem 30. August 2002, eingegangen.

3. Abgeordnete**Friedel Grützmaker
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Naziveranstaltung u. a. mit der NPD am 31. August 2002 in Ramstein**

Am 31. August 2002, am Vorabend des 1. September, dem Jahrestag des Naziüberfalls auf Polen (Beginn des 2. Weltkrieges), wollen die neonazistische NPD bzw. der JN Landesverband Rheinland-Pfalz sowie zahlreiche Nazis und Rechtsextremisten aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland einen Naziaufmarsch in Ramstein organisieren. Eine ähnliche Veranstaltung hat schon im Jahr 2001 stattgefunden. Angeblich sollen Friedrich Baunack (rechts-extremer Liedermacher und ehemaliges Mitglied der Republikaner), Jörg Hähnel und die Nazi-Bands Brigade M (Niederlande) und Noie Werte einen Auftritt zugesagt haben. Der Landesvorsitzende der neonazistischen NPD, Martin Laus, und Sascha Roßmüller, Bundesvorsitzende der neonazistischen Jungen Nationaldemokraten (JN), wollen die Veranstaltung zu rechtsextremer, fremdenfeindlicher und neonazistischer Propaganda nutzen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wer hat wann die Nazi-Veranstaltung (angeblich Fest genannt unter dem Titel „Frieden für Deutschland – Ami go home“) beantragt, wann wurde sie genehmigt und welche Auflagen wurden erteilt?
2. Warum wurde die Veranstaltung genehmigt?
3. Warum sieht die Landesregierung keine Gründe für ein Verbot der Naziveranstaltung?
4. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass sich die Nazis in der Pfalz einen Stützpunkt schaffen wollen und mit solchen Aktionen strategische Ziele verfolgen (im Sinne der Neuen Rechten, um z. B. „kulturelle Hegemonie“ herzustellen)?

4. Abgeordneter**Herbert Jullien (CDU)****Betriebs- und Personalräteforum am 22. August d. J. im Mainzer Schloss**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Interessengruppen erhielten von Ministerpräsident Beck eine Einladung zum Betriebs- und Personalräteforum und nach welchen Kriterien wurden diese ausgewählt?
2. Sind ausschließlich Betriebs- und Personalräte eingeladen worden oder fanden auch sonstige Interessengruppen Berücksichtigung und wenn ja, welche?
3. Welche gewerkschaftliche Repräsentanz kommt bei der Auswahl zum Ausdruck?
4. Aus welchen Gründen wurden nicht alle Vorsitzenden der Hauptpersonalräte eingeladen?

5. Abgeordneter**Reinhold Hohn (FDP)****Bundeskartellamt untersucht Grünen Punkt**

Vor dem Bundeskartellamt wurde ein formelles Verfahren eröffnet, mit dem die Vereinbarkeit des dualen Systems mit dem Kartellverbot des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen untersucht wird.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass die monopolartige Stellung des Grünen Punktes ihrer Verpflichtung aus dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz zuträglich ist?
2. Welche alternativen Regelungen würde die Landesregierung in Rheinland-Pfalz favorisieren, wenn die vom dualen System beantragte Freistellungsfähigkeit vom Kartellverbot versagt wird?
3. Sieht die Landesregierung durch mehr Wettbewerb durch die Beteiligung anderer Systeme, die Kooperation der Entsorgungsunternehmen oder durch Selbstentsorgung Vorteile hinsichtlich der Entsorgungseffizienz und der Kosten der Entsorgung?

6. Abgeordnete**Ise Thomas****(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Kriterien für die Verleihung der Wirtschaftsmedaille durch den Wirtschaftsminister**

Der Wirtschaftsminister hat den Dachdeckermeister K. E. Neger gestern mit der Wirtschaftsmedaille des Landes ausgezeichnet für besondere Verdienste in der Wirtschaft. In seiner Laudatio lobte der Wirtschaftsminister N. als Unternehmenspersönlichkeit, die sich für Wirtschaft und Gesellschaft einsetzt (Mainzer Allgemeine Zeitung vom 27. August 2002). Karl Neger wurde wegen Bestechung und Betrug 1992 zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und zwei Monaten und einer Geldstrafe von 80 000 DM verurteilt. Die Koblenzer Staatsanwaltschaft ermittelte, dass Karl Neger zwischen 1986 und 1990 mehrfach einen Geschäftsführer der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden und dessen Stellvertreter mit Bargeld und Sachzuwendungen in Höhe von beinahe 35 000 DM bestochen hatte. Betrogen wurden auch das Staatsbauamt Mainz-Süd, das Hochbauamt der Stadt Mainz und die Wohnbau Mainz (Mainzer Rhein-Zeitung vom 18./19. Oktober 1992 „Karl Neger muss nicht in Haft – Prominenter Dachdecker wegen Betrug und Bestechung verurteilt – 14 Monate auf Bewährung“).

Ich frage die Landesregierung:

1. War der Landesregierung bekannt oder hätte bekannt sein können, dass Herr N. wegen Bestechung und Betruges 1992 verurteilt worden ist?
2. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die Verleihung der Medaille wegen der Begehung der Straftaten wenig angemessen ist und die Anerkennung für besondere Verdienste in der Wirtschaft entwertet?
3. Was war der Anlass, genau zum jetzigen Zeitpunkt die Auszeichnung an einen Dachdeckermeister, dessen Betrieb zum Mittelstand zählt und der in Mainz sehr bekannt ist, zu vergeben?
4. Gibt es eine Liste, auf der Unternehmenspersönlichkeiten stehen, denen die Verleihung der Medaille angetragen werden soll?

7. Abgeordnete**Anne Spurzem (SPD)****Ganztagsangebote im Kindertagesstättenbereich**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Entwicklung des Angebotes an Ganztagsplätzen im Kindergartenbereich nach In-Kraft-Treten der Neufassung des Kindertagesstättengesetzes vor, mit der zum 1. August 2002 eine finanzielle Entlastung der freien und kommunalen Träger bei den Personalkosten vorgenommen wurde?
2. Sind Steigerungsraten für den Krippenbereich absehbar?
3. Wie gestaltet sich die Situation bei den Hortplätzen?

8. Abgeordnete**Peter Wilhelm Dröscher,
Friederike Ebli und Ruth
Leppla (SPD)****Der private Pflegeheimbetreiber Pro Seniore GmbH**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen bezüglich der wirtschaftlichen Lage der Pro Seniore GmbH vor?
2. Sind Auswirkungen für die stationäre Versorgung in Rheinland-Pfalz zu erwarten?
3. Welche Lösungen werden angestrebt, um die Interessen von Heimbewohnerinnen und -bewohnern sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu wahren?

**9. Abgeordnete
Hedi Thelen und Walter
Wirz (CDU)**

Ausbildungsplatzsituation in Rheinland-Pfalz und ihre Ursachen

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich in Rheinland-Pfalz zum gegenwärtigen Zeitpunkt das Verhältnis von Nachfrage und Angebot nach Ausbildungsplätzen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entwickelt?
2. Wie haben sich seit dem Vorjahreszeitraum die Zahl der Unternehmensinsolvenzen, die Zahl der Unternehmensgründungen mit Beschäftigung von Mitarbeitern und die Tendenz der Ertragslage der Unternehmen in Rheinland-Pfalz entwickelt?
3. Hat die Landesregierung im Sinne der öffentlichen Äußerungen des Ministerpräsidenten Anlass zu der Annahme, dass die Betriebe des Landes ohne Not die Zahl ihrer Ausbildungsplätze verringern?
4. Welche durchschnittlichen betrieblichen Kosten entstehen in den Unternehmen des Landes für einen Ausbildungsplatz?

**10. Abgeordnete
Marlies Kohnle-Gros
(CDU)**

Tätigkeit des früheren Vorstandssprechers von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist es zutreffend, dass Herr M. J.-G. Mitarbeiter der Landesregierung für den Bereich internationale Hochschulkooperationen ist?
2. Ist es zutreffend, dass Herr M. J.-G. im Landesverband der SPD Maßnahmen zur Integration von Ausländern vorbereitet?
3. Hat er hierzu eine Nebentätigkeitsgenehmigung der Landesregierung?
4. Ist ausgeschlossen, dass diese Nebentätigkeit Einfluss auf seine dienstlichen Aufgaben hat?

**11. Abgeordneter
Reiner Marz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Vorlage eines Landesgleichstellungsgesetzes

Immer wieder hat die Landesregierung ihre Ankündigungen zum Termin bezüglich der Vorlage eines Landesgleichstellungsgesetzes revidieren müssen. War zuletzt Ende April bei der Vorlage des Referentenentwurfs die Rede davon, dieses Gesetz unmittelbar nach den Sommerferien in den Landtag einzubringen und möglichst Anfang des Jahres 2003 in Kraft treten zu lassen, wird in einer Pressemitteilung von Ministerpräsident Kurt Beck vom 24. August 2002 nur noch davon ausgegangen, dieses Gesetz „in dieser Legislaturperiode“ vorzulegen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum war die Landesregierung trotz des eng bis 10. Juni befristeten Termins für Stellungnahmen der Verbände zum Referentenentwurf noch nicht in der Lage, in diesem Plenum den Entwurf des Landesgleichstellungsgesetzes vorzulegen?
2. Trifft es zu, dass es Schwierigkeiten in der internen Abstimmung zwischen den Ministerien gibt?
3. Wann wird die Landesregierung den Gesetzentwurf nach heutigem Wissen dem Landtag vorlegen?

**12. Abgeordnete
Christine Baumann,
Margit Mohr, Ruth Leppla
und Dieter Burgard (SPD)**

Fluglärmbelastung durch militärische Übungs- und Transportflüge

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die derzeitige Fluglärmbelastung in Rheinland-Pfalz durch militärische Übungs- und Transportflüge?
2. Welche Ursachen sind für die derzeitige Fluglärmbelastung verantwortlich und in welchem Umfang ist die Landesregierung durch die verantwortlichen Stellen hierüber informiert?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die Fluglärmbelastung zu reduzieren?

13. Abgeordnete**Elke Kiltz und Ise Thomas
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Haltung der Landesregierung zur Novelle des Fluglärmsgesetzes vor dem Hintergrund steigender Belastungen der Bevölkerung durch militärischen Luftlärm**

In der Westpfalz und in der Eifel gibt es in zunehmendem Maße Befürchtungen, dass der aus der Verlagerung der US-amerikanischen Militäreinrichtungen nach Ramstein und Spangdahlem resultierende Fluglärm unerträglich sein wird. Die Reform des Fluglärmsgesetzes auf Bundesebene liegt auf Eis, weil das Bundesverkehrs- und das Bundesverteidigungsministerium die Kosten aus einem verbesserten Lärmschutz fürchten. Eine Kabinettsentscheidung über ein entsprechendes Eckpunktepapier des federführenden Bundesumweltministeriums kam nicht zustande.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welchen Änderungsbedarf bundes- und landesrechtlicher Bestimmungen sieht die Landesregierung vor dem Hintergrund der absehbar wachsenden Fluglärmbelastung insbesondere in der Westpfalz und in der Eifel vor dem Hintergrund der künftigen Belastungen rund um Ramstein bzw. Spangdahlem und der anstehenden Reform des Fluglärmsgesetzes andererseits?
2. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die Widerstände gegen eine verstärkte Einbeziehung des militärischen Fluglärms in die Fluglärmsgesetznovelle vor dem Hintergrund der genannten Verlagerungen nicht sachgerecht sind?
3. Wie sollte nach Auffassung der Landesregierung der Schutz der Bevölkerung vor militärischem Fluglärm geregelt werden und welche diesbezüglichen Initiativen hat die Landesregierung gestartet, um den Schutz der Bevölkerung vor militärischem Fluglärm zu verbessern?
4. Wann werden die zur Überprüfung der jeweiligen Lärmschutzbereiche gemäß § 4 Fluglärmsgesetz notwendigen detaillierten Angaben über die künftigen Flugstrecken und exakten Prognosen der künftigen Flugbewegungszahlen für die Flugplätze Ramstein und Spangdahlem vorliegen?